

mitbericht

Der EU-Beitritt ist kein linkes Anliegen

RUDOLF RECHSTEINER*



Auf den ersten Blick bewegt sich die EU-Debatte im alten Links-rechts-Schema. Die SP steht für europäische Integration, der SVP gehen schon die Bilateralen zu weit. Weniger als ein Viertel der

Bevölkerung würde einem EU-Beitritt heute zustimmen, sagen Umfragen. Der Anteil der EU-Beitrittsbefürworter dürfte in allen Parteien, selbst in der SP, unter 50 Prozent liegen.

Diese Skepsis hat viele Ursachen. Seit Abschluss der Bilateralen Verträge geht es der Schweiz hervorragend. Die Wirtschaft wächst, gestärkt vom freien Zugang von Fachkräften aus Europa. Sie profitiert vom freien Marktzugang, solange der Wechselkurs stimmt. Unseren Wohlstand verdanken wir massgeblich der EU. Sie gab dem Kontinent ein stabiles Fundament.

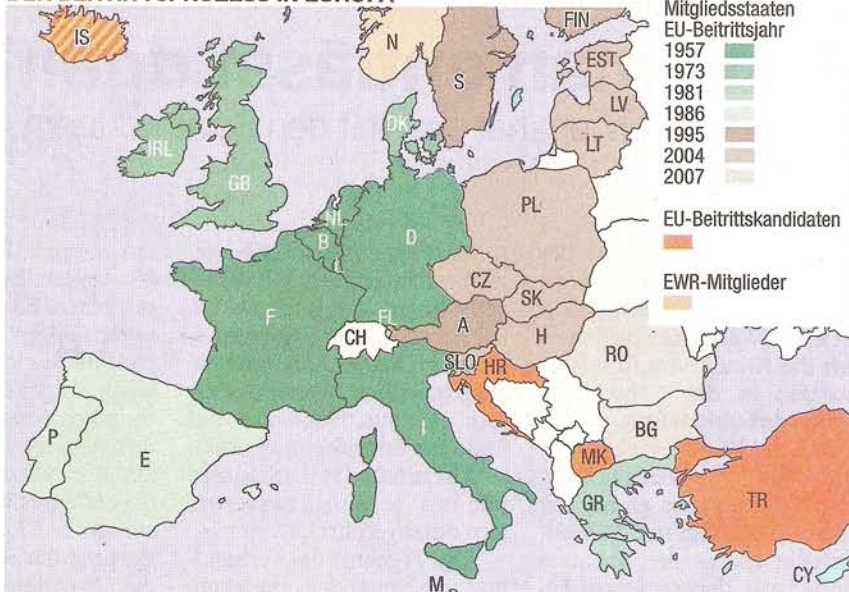
Weshalb ändern, was gut läuft? Die Schweiz schwelgt in Isolationismus. Die Konstellation ist nicht neu. Der Alleingang wurzelt weit zurück. Als einzigem Land Europas gelingt der Schweiz 1848 die Gründung eines liberal-demokratischen Bundesstaats. Dank der Neutralität hielt sich das Land aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg heraus. Noch heute vergleicht die SVP die EU bei jeder unpassenden Gelegenheit mit den Achsenmächten. Dabei gleicht die europäische Einigung viel eher dem Prozess der Gründung der Eidgenossenschaft.

Auffällig: Es fehlt hierzulande jegliche Diskussion darüber, welchen Platz die Schweiz im geeinten Europa einnehmen könnte. Während unser Alltag Jahr für Jahr europäischer wird, hat die Schweizer Seele ihren Platz im vereinigten Europa noch nicht gefunden. Die helvetische Dreifaltigkeit aus Neutralität, Konkordanz und Volksrechten steht hoch im Kurs. Das Modell räumt

Der EWR war massgeschneidert für die Schweiz. Blocher hat ihn gekillt.

allen politischen Kräften Mitgestaltungsrechte ein, die in anderen Län-

DER BEITRITTSPROZESS IN EUROPA



Isolationismus. Die Schweiz muss ihren Platz in Europa noch finden. Grafik: BaZ/dh

dern so nicht existieren. Allerdings schrumpft der Einflussbereich helvetischer Demokratie zusehends, denn die meisten Brüsseler Beschlüsse gelten faktisch auch bei uns. Es herrscht Endzeitstimmung für die herkömmliche Demokratie. Entsprechend drastisch wird die EU in Leserbriefen abgekanzelt: Schulden, Misswirtschaft, ein bürokratisches Monster, das es einzig auf unseren Reichtum abgesehen habe.

GEWINNER. Doris Leuthard persönlich machte sich in Brüssel über die Maastricht-Limiten lustig und verwies auf die tiefe Schweizer Schuldenquote. Vom Staatshaushalt bis zur Aussenwirtschaft: Überall steht die Schweiz auf der Gewinnerseite. Gerne vergisst sie, dass der Gewinner stets Verlierer braucht: Länder, die netto importieren, Wirtschaftsakteure, die sich verschulden – keine Aktivposten ohne Passivposten in der Bilanz! Wachsende Ungleichgewichte werfen die Weltwirtschaft aus der Bahn. Es waren die koordinierten Defizite der EU und der USA, die unsere Exportwirtschaft aus dem Sumpf der Finanzkrise zogen und es ermöglichten, dass die Schweiz sechs Milliarden Haushaltsüberschuss verbuchte. Eine Krise, die namhaft auch von Schweizer Banken mitverursacht wurde. Besonders fragwürdig ist das Bild einer EU, welche die Schweiz um jeden Preis

als Mitglied will. Ein EU-Beitritt wäre für Brüssel das grössere Problem als für uns. Ein zweites Irland, das Ratsentscheide via Volksabstimmung blockiert, passt nicht zur Dynamik der EU. Wenn man die Signale aus Brüssel deutet, wünscht man sich dort keinen EU-Beitritt der Schweiz.

ENTMÜNDIGUNG. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft gerät dadurch am meisten unter Druck. Sie lebt vom Fortbestand alter und vom Abschluss neuer Verträge. Selbstverständlich beinhaltet jeder Wirtschaftsvertrag auch politische Komponenten. Freiheiten werden an Brüssel abgetreten, ohne Schweizer Vertretung, die dort unsere Interessen wahrnehmen könnte. Viele dieser Entmündigungen der Schweiz hätten sich, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet, mit dem EWR-Vertrag vermeiden lassen. Der EWR war massgeschneidert für uns: wirtschaftliche Integration, Schiedsverfahren, kombiniert mit politischer Freiheit.

Gekillt wurde der EWR von Christoph Blocher. In seiner ganz eigenen Dialektik führt uns Blocher direkt in die EU. Nicht heute, nicht morgen, aber irgendwann eben schon, und dann in hohem Tempo wie bei der Abschaffung des Bankgeheimnisses. Der UBS-Vertrag ist ein Lehrstück. Blocher höchstpersönlich winkte ihn schliesslich durch. Und

verzichtet auf Referenden gegen die neuen Doppelbesteuerungsabkommen, die Steuerhinterziehung und Steuerbetrug gleich behandeln. Geraten Wirtschaftsinteressen in Gefahr, beugt sich

die Schweiz allen Auflagen aus Brüssel. Dieser Grenzen der hochgelobten Souveränität sollten wir uns bewusst werden.

* Mit einem Mitbericht kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.